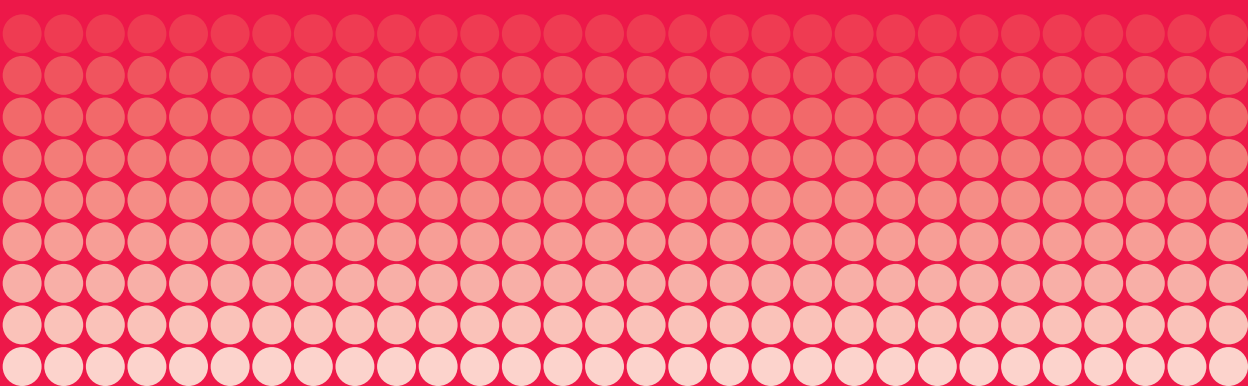


SIPRI YEARBOOK 2012

Armaments,
Disarmament and
International
Security

Kurzfassung auf Deutsch



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Das Internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung von Konflikten, Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 gegründet und stellt auf öffentlich zugänglichen Quellen basierende Daten, Analysen und Empfehlungen für Politik, Wissenschaft, Medien und für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

VERWALTUNGSRAT

Göran Lennmarker, Vorsitzender (Schweden)
Dr. Dewi Fortuna Anwar (Indonesien)
Dr. Wladimir Baranowskij (Russland)
Botschafter Lakhdar Brahimi (Algerien)
Jayantha Dhanapala (Sri Lanka)
Susan Eisenhower (USA)
Botschafter Wolfgang Ischinger (Deutschland)
Professor Mary Kaldor (Großbritannien)
Direktor

DIREKTOR

Dr. Bates Gill (USA)



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Signalistgatan 9
SE-169 70 Solna, Sweden
Telephone: +46 8 655 97 00
Fax: +46 8 655 97 33
Email: sipri@sipri.org
Internet: www.sipri.org

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG


Berghof Foundation

Veröffentlichung gefördert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung
Übersetzt ins Deutsche von Vanessa Prinz, Berghof Foundation

© SIPRI 2012
© Berghof Foundation 2012



DAS SIPRI JAHRBUCH

Das *SIPRI Yearbook 2012* ist eine Zusammenstellung von Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungstransfers, Rüstungsproduktion, Atomstreitkräfte, bewaffnete Konflikte und multilaterale Friedenseinsätze, sowie von neuesten Analysen wichtiger Aspekte der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Das SIPRI Jahrbuch, das erstmals 1969 erschienen ist, wird von SIPRI-Forschern und eingeladenen externen Experten verfasst.

Diese Broschüre fasst die Inhalte des *SIPRI Yearbook 2012* zusammen und enthält eine Auswahl an Daten und Informationen aus dem Jahrbuch.

INHALT

Einleitung	2
1. Auf Gräueltaten reagieren: Die neue Geopolitik der Intervention	3
Teil I. Sicherheit und Konflikte, 2011	
2. Bewaffnete Konflikte	4
3. Friedenseinsätze und Konfliktmanagement	6
Teil II. Militärausgaben und Rüstung, 2011	
4. Militärausgaben	8
5. Rüstungsproduktion und militärische Dienstleistungen	10
6. Internationale Rüstungstransfers	12
7. Atomstreitkräfte weltweit	14
Teil III. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 2011	
8. Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	16
9. Verringerung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Materialien	18
10. Konventionelle Rüstungskontrolle	20
Anhänge	22



EINLEITUNG

BATES GILL

Das *SIPRI Yearbook 2012* enthält Beiträge von 39 Experten aus 17 Ländern, die wichtige Tendenzen und Entwicklungen in den Bereichen Sicherheit, Rüstung und Abrüstung dokumentieren und analysieren. Ihre Analyse zeigt drei anhaltend aktuelle Entwicklungen auf, die in einer dynamischeren und komplexeren globalen Sicherheitsordnung gipfeln.

Zwänge etablierter Mächte

Auch im Jahr 2011 war weiterhin das wirtschaftliche, politische und militärische Potenzial der etablierten Mächte im internationalen System – besonders der USA und ihrer wichtigsten transatlantischen Verbündeten – zu begrenzt, um globale und regionale Sicherheitsprobleme anzugehen. Diese Zwänge waren in erster Linie eine Folge der Haushalts- einsparungen im Zuge der Finanzkrise, die einen Großteil der entwickelten Welt betraf.

Zur gleichen Zeit erregten Aufstände und Regimewechsel in der arabischen Welt internationale Aufmerksamkeit und zogen Reaktionen nach sich, darunter die von den Vereinten Nationen mandatierte und durch die NATO geleitete Intervention in Libyen. Auch die umfassende Unterstützung und Ausweitung der traditionellen Friedenseinsätze im Laufe des vergangenen Jahrzehnts wird in den kommenden Jahren zurückgefahren werden. Darüber hinaus wollen die meisten der weltweit wichtigsten Geber bei Friedenseinsätzen ihre Unterstützung für multilaterale Institutionen reduzieren und stattdessen auf kleinere und kürzere Missionen setzen.

Aufstrebende neue Mächte und nichtstaatliche Akteure

Staaten außerhalb des traditionellen Alliancesystems der USA bauen weltweit stärkere

wirtschaftliche, diplomatische und militärische Kapazitäten auf und beeinflussen auf diese Weise regionale und in einigen Fällen sogar globale Sicherheitsentwicklungen. Die Erforschung der Grundlagen bewaffneter Konflikte weltweit lässt zudem die destabilisierende Rolle nicht-staatlicher Akteure bei Konflikten und bei der Ausübung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung erkennen.

Unglücklicherweise hat die internationale Gemeinschaft den anhaltenden strukturellen Wandel, der die heutige Sicherheitslandschaft ausmacht, noch nicht voll erfasst; ein Wandel, der häufig die Fähigkeit etablierter Institutionen und Mechanismen mindert, selbigen zu bewältigen. Es wird gewiss noch einige Zeit dauern, bis die etablierten und die aufstrebenden Mächte zu einem wirksamen Konsens über die wichtigsten Bedingungen für internationale Ordnung, Stabilität und Frieden finden, und wie diese zu erreichen und zu verteidigen sind.

Bröckelnde Normen und Institutionen

Multilaterale Organisationen, deren Aufgabe es ist, Stabilitäts- und Sicherheitsnormen zu fördern und umzusetzen, haben nach wie vor Schwierigkeiten, den nötigen politischen Willen und die finanziellen Mittel aufzubringen, um ihre Mandate zu erfüllen. Die verbleibenden Lücken machen neue oder effektivere Mechanismen erforderlich.

Bei zukünftigen Sicherheitsproblemen muss das Augenmerk auf weniger militarisierten Lösungen liegen. Am wichtigsten ist dabei wohl, dass vielen zentralen Sicherheitsproblemen nicht mit traditionellen militärischen Mitteln begegnet werden kann. Stattdessen ist es erforderlich, innovative vorbeugende Diplomatie, Technologien zur Prävention und Frühwarnung, sowie kooperative transnationale Partnerschaften zu verknüpfen. ●

Dr. Bates Gill ist Direktor von SIPRI.



1. AUF GRÄUELSTATEN REAGIEREN: DIE NEUE GEOPOLITIK DER INTERVENTION

GARETH EVANS

Unsere Zeit kennt keine größere ethische, politische und institutionelle Herausforderung als den Schutz der Zivilbevölkerung vor Kriegs- oder Massengewaltverbrechen. Das Bewusstsein für die Problematik des Schutzes der Zivilbevölkerung nimmt zu und geht – zumindest im Prinzip – mit einer sichtlich größeren Bereitschaft einher, sich für ihren Schutz einzusetzen.

Neue Paradigmen für ein neues Jahrhundert

Zwei normative Fortschritte auf diesem Gebiet sind erstens die deutlich verstärkte Beachtung von Gesetzen und Praktiken zum Schutz von Zivilpersonen (Protection of Civilians, POC) in bewaffneten Konflikten seit 1999; und zweitens die Entstehung des Konzepts der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P) im Jahr 2001 und dessen weitreichende weltweite Anerkennung seit 2005.

Der Grundsatz, dass staatliche Souveränität keine Lizenz zum Töten ist, sondern mit der Verantwortung einhergeht, der eigenen Bevölkerung weder Leid zuzufügen noch dies zuzulassen, ist mittlerweile mehr oder minder universell anerkannt. Die internationale Gemeinschaft ist auch verantwortlich dafür, jene Staaten zu unterstützen, die Hilfe bei der Erfüllung dieser Verpflichtung benötigen und erbitten, ebenso wie dafür, zeitnah, entschieden und gemeinsam im Rahmen der UN-Charta zu handeln.

Libyen und die Folgen

Die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats autorisierte die Militärintervention in Libyen, um ein augenscheinlich drohendes Massaker zu verhindern. Die Resolution war ein durchschlagender Beweis für die Umsetzung dieser Prinzipien, und schien neue Maßstäbe zu setzen,

an denen alle künftigen Argumente für solche Interventionen gemessen werden könnten. Die faktische Umsetzung dieses Mandats führte allerdings zu neuerlichen tiefgreifenden geopolitischen Spaltungen.

Die Lähmung des Sicherheitsrats in der Syrienfrage im Verlauf des Jahres 2011 gipfelte im Veto Russlands und Chinas gegen eine vorsichtig formulierte verurteilende Resolution. Dies warf im Zusammenhang mit der praktischen Umsetzung von R2P die Frage auf, ob sich die Resolution 1973 nicht eher als „Hochwassermarkte“ herausstellt, von der die Welle nun wieder abebbt.

Die Zukunft des Schutzes der Zivilbevölkerung

Die Kernfrage ist, ob die neue Geopolitik der Intervention, die sich mit der Resolution 1973 abzuzeichnen schien, tatsächlich nachhaltig ist, oder ob sich, wie die darauf folgende Reaktion auf die Situation in Syrien nahelegt, statt dessen eine traditionellere – und zynischere – Geopolitik behaupten wird.

Dieser Autor vertritt die optimistische Sichtweise, dass das neue normative Engagement für den Schutz der Zivilbevölkerung lebendig und gut ist und dass die Weltgemeinschaft nach der Intervention in Libyen weniger einen schwerwiegenden Rückschlag für einen neuen kooperativen Ansatz erlebte, als vielmehr die unvermeidbaren Anlaufschwierigkeiten, die mit der Entwicklung jeder großen neuen internationalen Norm einhergehen. Die brasilianische Initiative für Verantwortung während des Schutzes (Responsibility While Protecting), die klarere Kriterien für den Einsatz von Gewalt und dessen effektiveres Monitoring vorsieht, ist ein konstruktiver Schritt in die richtige Richtung. ●

Gareth Evans war australischer Außenminister (1988–96) und Präsident der International Crisis Group (2000–2009). Gegenwärtig ist er Rektor der Australian National University.



2. BEWAFFNETE KONFLIKTE

Die plötzlichen und dramatischen Volksaufstände in Teilen des Nahen Ostens und Nordafrikas im Jahr 2011, die unter dem Begriff Arabischer Frühling zusammen gefasst wurden, brachten verschiedene Konfliktmuster hervor. Der Arabische Frühling geschah allerdings nicht losgelöst von gegenwärtigen Konflikttrends.

Die Entwicklungen in der Region untermauerten vielmehr einige der längerfristigen Veränderungen bei bewaffneten Konflikten in den vergangenen Jahrzehnten. Darunter waren wichtige Verschiebungen im Ausmaß, in der Intensität und in der Dauer bewaffneter Konflikte weltweit, sowie ein Wandel der an der Gewaltausübung beteiligten Hauptakteure. Zusammen genommen deuten diese Entwicklungen auf die Herausbildung einer deutlich veränderten Konfliktumwelt gegenüber jener in großen Teilen des 20. Jahrhunderts hin.

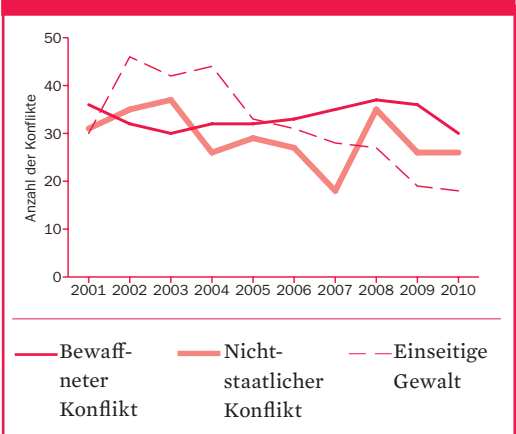
Das erste Jahr des Arabischen Frühlings

Die Aufstände des Arabischen Frühlings verbreiteten sich rasch von Land zu Land und betrafen bald große Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens. Während sie einige gemeinsame Charakteristika aufwiesen – darunter große Demonstrationen, gewaltfreie Aktionen, das Fehlen einzelner Führungspersönlichkeiten und die Nutzung zentraler Plätze in größeren Städten – unterschieden sie sich auch in bestimmter Hinsicht. Die von den Demonstranten gestellten Forderungen reichten von einer verbesserten Wirtschaftslage bis hin zum Regimewechsel. Auch das Ausmaß der Gewaltanwendung unterschied sich.

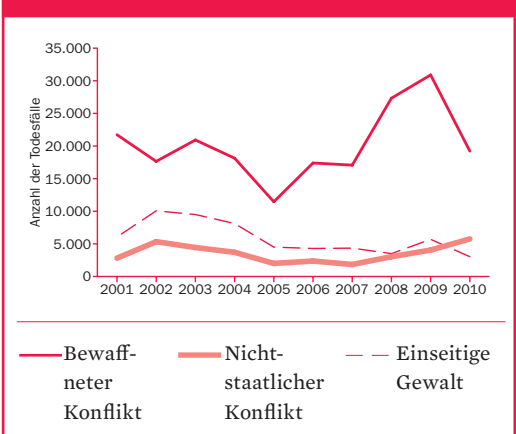
Während es in Algerien und Marokko verhältnismäßig wenige Todesfälle gab, waren andere Länder – unter ihnen Bahrain, Ägypten, Tunesien und Jemen – deutlich stärker von Gewalt betroffen. Das höchste Gewaltniveau herrschte in Libyen und Syrien.

Die internationalen Reaktionen waren unterschiedlich. Die externe Unterstützung blieb auf

ANZAHL DER KONFLIKTE, 2001–10



ANZAHL DER TODESFÄLLE AUFGRUND ORGANISIERTER GEWALT, 2001–10



einige wenige Fälle beschränkt. Westliche Mächte, insbesondere Frankreich und die USA, unterstützten zunächst die Regierungen in Ägypten und Tunesien, begannen dann aber, auf Regimewandel zu drängen. Im Falle Libyens nahmen sie mit Zustimmung der UN und mit der NATO als Handlungsinstrument rasch eine aktive Gegenposition zum Regime ein. In der Frage des Konflikts in Syrien lehnten China und Russland, die sich beide zunehmend kritisch gegenüber dem internationalen Einsatz von Gewalt geäußert hatten, Bemühungen des Westens ab, Sanktionen über das regierende



Regime zu verhängen. Der Handlungsspielraum für Interventionen durch Drittparteien für die Lösung dieser Krisen war bedeutend eingeschränkt. Ernst zu nehmende Verhandlungen fanden nur im Jemen statt.

Die Folgen des ersten Jahres des Arabischen Frühlings waren gemischt. Es gab einige Regimewechsel, aber auch Fälle, in denen der öffentliche Protest unterdrückt wurde. Nichtsdestotrotz wurde die politische Entwicklung der arabischen Staaten durch diese historisch einmalige Abfolge von Ereignissen verändert.

Organisierte Gewalt am Horn von Afrika

Seit Jahrzehnten werden die Länder am Horn von Afrika – Dschibuti, Eritrea, Äthiopien, Kenia und Somalia – von organisierter Gewalt heimgesucht. Obwohl in all diesen Ländern in der Zeit von 2001 bis 2010 bewaffnete Konflikte mit staatlicher Beteiligung, nichtstaatliche Konflikte oder einseitige Gewalt gegen die Zivilbevölkerung herrschten, kamen nichtstaatliche Konflikte bei weitem am Häufigsten vor. Es gab 77 nichtstaatliche Konflikte am Horn von Afrika (35 Prozent aller Konflikte weltweit). Bewaffnete Konflikte, an denen mindestens ein Staat beteiligt ist, kamen seltener vor: Zwischen 2001 und 2010 wurden nur fünf verzeichnet. Einseitige Gewaltakte wurden von sechs Akteuren verübt.

Die Staaten in dieser Region zeigen die zunehmende Tendenz, sich in benachbarten Ländern militärisch zu engagieren. Beispielsweise entsandten sowohl Äthiopien als auch Kenia zeitweilig Truppen, um die somalische Übergangsregierung (Transitional Federal Government, TFG) in ihrem Konflikt mit der Al-Shabaab zu unterstützen. Diese wiederum erhielt Waffen und Ausbildung von Eritrea.

Formen organisierter Gewalt, 2001–10

In früheren Ausgaben des SIPRI Yearbook präsentierte das Uppsala Conflict Data Program (UCDP) Informationen zu den Formen „größerer bewaffneter Konflikte“. Um einen umfassenderen

Blick auf organisierte Gewalt zu ermöglichen, wurde der Fokus nun um drei Arten organisierter Gewalt erweitert: bewaffnete Konflikte mit staatlicher Beteiligung, nichtstaatliche Konflikte und einseitige Gewalt (gegen die Zivilbevölkerung).

Im Zeitraum von 2001 bis 2010 gab es 69 bewaffnete Konflikte mit staatlicher Beteiligung und 221 nichtstaatliche Konflikte; zudem waren 127 Akteure in einseitige Gewaltakte involviert. Insgesamt gab es folglich mehr als 400 Akte organisierter Gewalt, die zu jeweils mehr als 25 Todesopfern in einem Jahr führten.

Das Ausmaß organisierter Gewalt war gegen Ende des Jahrzehnts geringer als zu Beginn. Der Rückgang war allerdings nicht sehr stark. Während in den 1990ern die Anzahl der Konflikte stark schwankte, hat sich dieses Muster in den 2000ern nicht wiederholt. Der Abwärtstrend könnte also ein vielversprechendes Signal für künftige Entwicklungen sein. ●

DER GLOBALE FRIEDENSINDEX 2012

Der Globale Friedensindex (Global Peace Index, GPI), der vom Institute for Economics and Peace erstellt wird, klassifiziert 158 Länder anhand von 23 Indikatoren nach ihrer relativen Friedlichkeit. Es gab im Jahr 2012 in allen Regionen mit Ausnahme des Nahen Ostens und Nordafrikas Verbesserungen in der Gesamtpunktzahl des GPI. Durch die Ereignisse des Arabischen Frühlings waren der Nahe Osten und Nordafrika die unfriedlichsten Regionen.

Rang	Staat	Punkte	Änderung
1	Island	1,113	-0,037
2	Dänemark	1,239	-0,041
2	Neuseeland	1,239	-0,034
4	Kanada	1,317	-0,033
5	Japan	1,326	+0,032
15	Deutschland	1,424	+0,011
154	DR Kongo	3,073	+0,057
155	Irak	3,192	-0,107
156	Sudan	3,193	-0,038
157	Afghanistan	3,252	+0,043
158	Somalia	3,392	+0,021



3. FRIEDENSEINSÄTZE UND KONFLIKTMANAGEMENT

Das Jahr 2011 war für Friedenseinsätze in vielerlei Hinsicht ein Jahr der Widersprüche. Einerseits zeigten sich im Jahr 2010 nach fast einem Jahrzehnt der rekordverdächtigen Ausweitung der Missionen in Anzahl, Personaleinsatz und Finanzierungskosten erste Anzeichen einer Verlangsamung. Im Jahr 2011 gab es weitere Hinweise dafür, dass vorwiegend militärische, multidimensionale Friedenseinsätze einen Höchststand erreicht haben.

Andererseits waren 2011 angesichts der Konflikte in Côte d'Ivoire, Libyen und Syrien bei der internationalen Gemeinschaft die möglichen Anfänge einer handlungsorientierten Selbstverpflichtung auf die Konzepte der Schutzverantwortung (R2P) und des Schutzes von Zivilpersonen (POC) erkennbar.

Der Konsolidierungstrend der vergangenen Jahre erklärt sich aus mehreren Faktoren. Der erste und wichtigste ist die globale Überdehnung militärischer Mittel: Während der Jahre der Expansion hatten die UN und andere Organisationen Schwierigkeiten, Staaten davon zu überzeugen, eine hinreichende Anzahl an Truppen und Gerät, wie etwa Helikopter, beizusteuern. Neue Beitragsstaaten wie Brasilien, China und Indonesien konnten (obgleich ihr Auftreten generell eine positive Entwicklung ist) die Nachfragerücke nicht signifikant schließen.

Ein zweiter Faktor ist die anhaltende globale Finanzkrise, die im Jahr 2011 stärker wahrnehmbare Effekte auf Friedenseinsätze hatte: Die Staaten beschlossen Kürzungen ihrer Militärausgaben und sprachen sich in multilateralen Institutionen wie den UN für schlankere Einsätze und schnellere Abzüge aus.

Drittens waren gegenwärtige Friedenseinsätze im vergangenen Jahrzehnt mit einer regelrechten Explosion ihrer mandatierten Aufgaben konfrontiert, die häufig zivile Expertise und unbefristete Zeiträume erforderten. Dies stellte

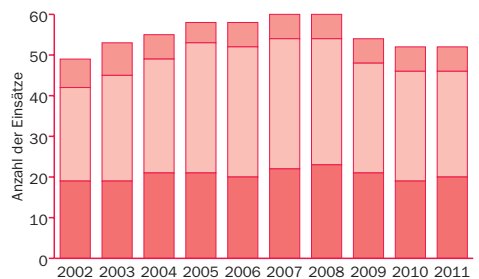
die Notwendigkeit starker (und langfristiger) militärischer Einflussnahme in Friedenseinsätzen in Frage.

Globale Trends

Insgesamt wurden in Jahr 2011 52 Friedenseinsätze durchgeführt. Dies waren ebenso viele wie 2010 und somit die zweitniedrigste Anzahl im Zeitraum von 2002 bis 2011. Damit setzt sich der Abwärtstrend fort, der 2009 begonnen hat. Die Anzahl des Personals, das 2011 in Friedensmissionen eingesetzt wurde, war allerdings mit 262.129 im untersuchten Zeitraum am zweithöchsten. Es waren nur 700 Personen weniger als 2010.

Die Vereinten Nationen blieben mit 20 Einsätzen die wichtigste durchführende Organisation. Hinsichtlich Personal war die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) im dritten Jahr in Folge die größte durchführende Organisation: 137.463 Personen (52 Prozent des gesamten Aufkommens) waren an NATO-Einsätzen beteiligt, insbesondere bei der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force, ISAF) in Afghanistan.

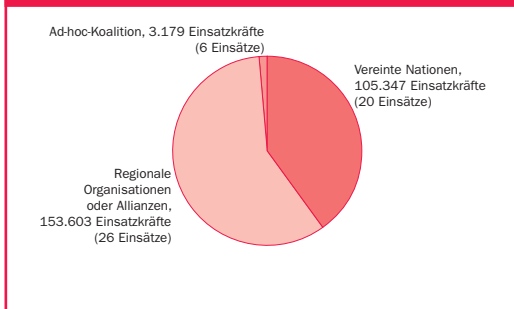
ANZAHL DER FRIEDENSEINSÄTZE 2002–11



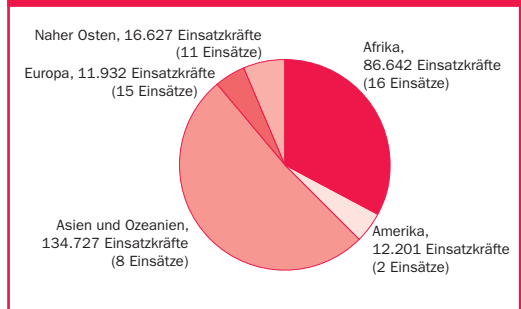
Durchführende Organisation:



ENTSANDTES PERSONAL, NACH ORGANISATIONSTYP, 2011



ENTSANDTES PERSONAL, NACH REGION, 2011



Neue Friedenseinsätze

Vier neue Friedensmissionen wurden 2011 entsandt: zwei in den Südsudan, eine nach Libyen und eine nach Syrien. Die Unabhängigkeit des Südsudans führte zu einer deutlichen Umgestaltung der UN-Präsenz auf dem ehemaligen Gebiet des Sudan. Nach etlichen Diskussionen um die Zukunft der UN-Mission im Sudan (UNMIS) wurde die Mission im Juli beendet, auch weil der Sudan einer Verlängerung des Mandats nicht zugestimmt hätte. Die Mehrheit des Personals wurde in die UN-Mission in der Republik Südsudan (UNMISS) und in die neue Grenzschutztruppe, die Interim-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei (United Nations Interim Security Force for Abyei, UNISFA) verlegt.

Ogleich die NATO-Operation Unified Protector nicht unter die Definition eines Friedenseinsatzes fällt, war sie maßgeblich, da sie eine globale Debatte über die Grenzen der Friedenssicherung anstieß. Es war die erste Militärintervention, die im Rahmen von R2P durchgeführt und ohne Einspruch eines ständigen Mitglieds des UN-Sicherheitsrats mandatiert wurde. Gegen Ende des Einsatzes jedoch zerfiel der zuvor geschlossene zögerliche Konsens über die Reichweite der Verantwortung. Später im Jahr entsandte die UN die kleine politische Unterstützungsmission der Vereinten

Nationen in Libyen (UN Support Mission in Libya, UNSMIL).

Gegen Ende 2011 entsandte die Arabische Liga ihre erste Mission nach Syrien: die Beobachtungsmission der Arabischen Liga. Die Mission war jedoch nicht imstande, ihr Mandat effektiv auszuführen und sah sich bald Kontroversen und Kritik ausgesetzt.

Regionale Entwicklungen

Wie auch in den vergangenen Jahren fanden 2011 die meisten Friedenseinsätze in Afrika statt. Die Anzahl des Personals in Afrika stieg, einerseits wegen der Ausweitung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (African Union Mission in Somalia, AMISOM), andererseits aufgrund der zeitweiligen Verstärkung der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (UN Operation in Côte d'Ivoire, UNOCI) vor der Abwahl und Festnahme von Präsident Laurent Gbagbo.

In Asien und Ozeanien wurden im Januar 2011 die UN-Mission in Nepal (UNMIN) beendet und erste Schritte für den Abzug der ISAF und der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (UN Integrated Mission in Timor-Leste, UNMIT) eingeleitet. ●



4. MILITÄRAUSGABEN

Erstmals seit 1998 stiegen die globalen Militärausgaben im Jahr 2011 nicht an. Die weltweiten Gesamtausgaben für 2011 werden auf 1.738 Milliarden US-Dollar geschätzt, was 2,5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts oder 249 US-Dollar pro Erdbewohner entspricht. Verglichen mit der Gesamtsumme von 2010 blieben die Militärausgaben so gut wie unverändert. Noch ist es allerdings zu früh, um abzuschätzen, ob die globalen Militärausgaben endlich an ihrem Höhepunkt angelangt sind.

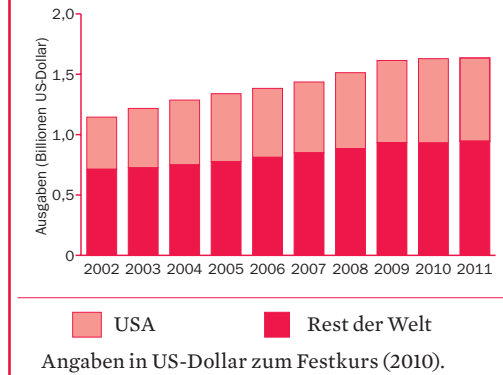
Die wichtigste Ursache für den Wachstumsstopp bei den Militärausgaben waren neue wirtschaftspolitische Strategien, welche die meisten westlichen Länder seit 2008 als Reaktion auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verfolgen. Diese Strategien zielen auf eine rasche Minderung der Haushaltsdefizite, die infolge der Krise drastisch gestiegen waren.

MILITÄRAUSGABEN WELTWEIT, 2011

Region	Ausgaben (Mrd. \$)	Veränderung (%)
Afrika	34,3	8,6
Afrika südlich der Sahara	20,4	-0,1
Nordafrika	3,9	25
Amerika	809	-1,4
Mittelamerika und Karibik	7,0	2,7
Nordamerika	736	-1,2
Südamerika	66,0	-3,9
Asien und Ozeanien	364	2,2
Ostasien	243	4,1
Ozeanien	28,6	-1,2
Südostasien	31,0	2,7
Zentral- und Südasien	61,7	-2,7
Europa	407	0,2
Osteuropa	80,5	10
West- und Mitteleuropa	326	-1,9
Naher Osten	123	4,6
Welt gesamt	1.738	0,3

Alle Angaben in US-Dollar zum Tageskurs (2011).

MILITÄRAUSGABEN WELTWEIT, 2002-11



Die Auswirkungen der Sparpolitik auf Militärausgaben in Europa

Besonders in West- und Mitteleuropa beschlossen die Regierungen Sparpakete, die auch Kürzungen der Militärausgaben vorsehen. In Ländern wie Griechenland, Italien und Spanien machten es akute Haushaltskrisen erforderlich, Schulden abzubauen. Im Zuge der Schuldenkrisen konnten die Länder ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, weshalb in einigen Fällen die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds einspringen mussten.

Die Kürzungen der Militärbudgets zogen andere politische Debatten nach sich. Eine davon bezog sich auf Vorwürfe aus den USA und Europa, dass einige europäische Länder es versäumten, ihren Beitrag in militärischen Angelegenheiten zu leisten. Eine weitere Debatte drehte sich um eine stärkere europäische Militärkooperation, um die Kosten bei gleichzeitigem Erhalt der Kapazitäten zu reduzieren.

US-Militärausgaben und die Budgetkrise im Jahr 2011

Die US-Regierung und der Kongress suchten gemeinsam nach Maßnahmen, um das rasch



wachsende Haushaltsdefizit der USA zu verringern. Auch wenn diese Bestrebungen nicht zu bedeutsamen Kürzungen der Militärausgaben führten, trugen Verzögerungen beim Haushaltsbeschluss für 2011 dazu bei, dass die Ausgaben niedriger ausfielen als geplant. Daraus ergab sich ein geringfügiger Rückgang der US-Militärausgaben.

Die jahrzehntelange drastische Zunahme der US-Militärausgaben neigt sich anscheinend dem Ende zu. Das liegt einerseits an der Beendigung des Irakkriegs und der Abwicklung des Afghanistankriegs, andererseits an Maßnahmen zur Senkung des Haushaltsdefizits.

Die wirtschaftlichen Kosten der Kriege in Afghanistan und im Irak

Der „weltweite Krieg gegen den Terrorismus“ nach den Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 war in den vergangenen zehn Jahren einer der dominanten Faktoren im Bereich globaler Sicherheit und einer der zentralen Faktoren für die Militärausgaben in vielen Ländern. Die stark militarisierte Reaktion der USA auf die Anschläge, darunter der Einmarsch in Afghanistan und im Irak, hatte die USA alleine bis Ende 2011 mehr als 1,2 Billionen US-Dollar an zusätzlichen Militärausgaben gekostet, und könnte zu langfristigen Gesamtkosten von 4 Billionen US-Dollar führen. Deutlich niedrigere, aber dennoch beachtliche Kosten sind den anderen Staaten durch ihre Teilnahme an diesen Kriegen erwachsen.

DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER MILITÄRAUSGABEN AN DIE VEREINTEN NATIONEN

Die Anzahl jener Staaten, die Berichte an das standardisierte Berichtssystem der Vereinten Nationen über Militärausgaben weitergaben, sank von einem Höchststand von 81 im Jahr 2002 auf 51 im Jahr 2011. Europäische Staaten hatten 2011 die höchste Berichterstattungsquote (31 von 48 Staaten). Die niedrigsten Quoten gab es in Afrika (zwei von 54 Staaten) und im Nahen Osten (einer von 14 Staaten).

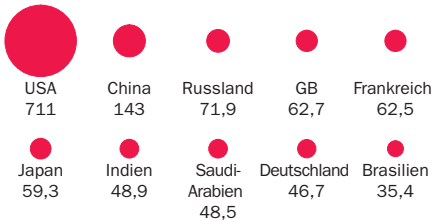
Die Kriege in Afghanistan und im Irak führten außerdem zu gewaltigen wirtschaftlichen Verlusten, unter anderem durch Kosten für Streitkräfte, Zerstörung von Kapital und Infrastruktur, Unterbrechung normaler wirtschaftlicher Aktivität, Verlust von Humankapital durch Tod und Verletzung, Vertreibung und Zerstörung des Bildungssystems, sowie der Verlust von Auslandsinvestitionen und Tourismus. Umfassende Schätzungen für diese Kosten sind gegenwärtig nicht verfügbar.

Militärausgaben in Afrika

Afrika war 2011 die Region mit dem stärksten Zuwachs an Militärausgaben: 8,6 Prozent. Diese Entwicklung wurde von einem gewaltigen 44-prozentigen Anstieg der Militärausgaben Algeriens dominiert, dem Land mit den höchsten Rüstungsausgaben in Afrika. Algerien finanzierte in den vergangenen Jahren seine Ausgaben durch steigende Öleinnahmen und rechtfertigte diese mit Verweis auf Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM), obgleich Algeriens regionale Ambitionen ein wichtigeres Motiv sein könnten.

Die terroristischen Aktivitäten von Boko Haram waren ein schwerwiegendes Sicherheitsrisiko für Nigeria. Die militärische Reaktion darauf scheint einer der Gründe für den Anstieg der nigerianischen Militärausgaben zu sein. Die Bedeutung anderer Faktoren, insbesondere der Öleinnahmen, sollte allerdings nicht ignoriert werden. ●

DIE 10 STAATEN MIT DEN HÖCHSTEN MILITÄRAUSGABEN, 2011 (MRD. \$)



5. RÜSTUNGSPRODUKTION UND MILITÄRISCHE DIENSTLEISTUNGEN

Bislang wirkte sich die Staatsschuldenkrise im Globalen Norden noch nicht schwerwiegend auf die größten Firmen im Bereich Rüstungsproduktion und militärische Dienstleistungen (die „Rüstungsindustrie“) aus. Der Grund dafür ist vermutlich, dass sich der globale finanzielle Abschwung verzögert auf die Rüstungsindustrie auswirkt.

Die wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Unsicherheiten in den USA und in Westeuropa werden allgemein die Art und Weise beeinflussen, wie Waffenprogramme entwickelt und realisiert werden. Es ist daher unklar, ob Rüstungsverkäufe auf dem gegenwärtigen Niveau aufrechterhalten werden oder in ähnlicher Form wie in der Vergangenheit steigen.

Der US National Defense Authorization Act

Das amerikanische Gesetz zur Bewilligung der nationalen Verteidigung (National Defense Authorization Act) für das Haushaltsjahr 2012 vermittelt ein uneinheitliches Bild der US-Rüstungsindustrie. Einerseits werden viele der größten und teuersten Waffenprogramme der USA, wie etwa der F-35 (Joint Strike Fighter) weiter fortgeführt. Dass diese Programme weiterhin finanziert werden, deutet darauf hin, dass die Rüstungsverkäufe am amerikanischen Markt wahrscheinlich weitgehend unverändert bleiben. Andererseits wird die Risikoverteilung zwischen der amerikanischen Regierung und Firmen mit Rüstungsverträgen neu geregelt. Möglicherweise wird damit der Industrie im Laufe der weiteren Entwicklung der Programme größere Verantwortung zukommen.

Produktionskooperationen der Rüstungsindustrie in Westeuropa

Im Zuge der Finanzkrise wurde eine verstärkte Zusammenarbeit der Rüstungsindustrie in Westeuropa diskutiert, was sich allerdings noch

nicht in verbreiteter oder vermehrter Kooperation niedergeschlagen hat.

Westeuropäische Länder haben mit den Verhandlungen zu und der ersten Umsetzung von gemeinschaftlichen Entwicklungs- und Produktionsstrategien für unbemannte Flugsysteme (Unmanned Aerial Systems, UAS) begonnen. Im Juni 2011 leitete die Europäische Kommission ein Verfahren zur Entwicklung und Produktion von UAS ein. Diese Entwicklung ist allerdings noch nicht abgeschlossen, wie an der Stagnation des Talarion-Projekts zu erkennen ist.

Die militärische Dienstleistungsindustrie

Einige der zentralen militärischen Dienstleistungssektoren erwiesen sich als widerstandsfähiger gegenüber dem Truppenabzug aus dem Irak und der globalen Finanzkrise. Darunter fallen etwa Wartung, Reparatur und Instandsetzung (Maintenance, Repair and Overhaul, MRO), Systemunterstützung, Logistik und Ausbildung ausländischer Truppen. Ihr langfristiges Wachstum kann einer Reihe von Entwicklungen nach dem Kalten Krieg zugeschrieben werden. So haben sich etwa die militärischen Erfordernisse strukturell verändert. Auch haben die Fähigkeiten einzelner Staaten abgenommen, immer komplexere Systeme zu handhaben. Der Druck auf die Staatshaushalte, der möglicherweise zu einem Rückgang der Militärausgaben führt, scheint die Nachfrage nach ausgelagerten Dienstleistungen, darunter MRO von Waffensystemen, zu verstärken.

Erweiterung des Angebots von Cybersicherheit

Zusätzlich zu militärischen Dienstleistungen konzentrieren sich Firmen auf neue Geschäftsstrategien, um Gewinne zu erzielen. Eine bemerkenswerte Entwicklung war der Marktzuwachs für spezialisierte Unternehmen im Bereich Cybersicherheit. Gleichzeitig versuchten die größten rüstungsproduzierenden Firmen, sich vor möglichen Einsparungen auf



dem militärischen Sektor zu schützen und angrenzende Märkte zu eröffnen.

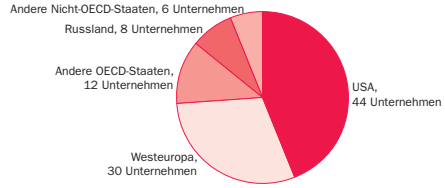
Die indische Waffenindustrie

Viele Länder jenseits des Globalen Nordens streben eine autarke nationale Rüstungsindustrie an. Das prominenteste Beispiel ist Indiens umfassendes Programm zur Modernisierung, Nachrüstung und Wartung der Ausrüstung seiner Streitkräfte, das sein militärisches Potential steigern soll. So wurde das Land zum derzeit größten Importeur von Rüstungsgütern. Indiens Rüstungsindustrie wiederum versucht, beispielsweise durch Verbesserung ihrer Technologien mittels Technologietransfers, dieser Nachfrage zu genügen. Allerdings wären große Reformen der indischen Verteidigungs-industriepolitik erforderlich.

Die SIPRI Top 100 der Waffenproduzenten und Militärdienstleister

Die SIPRI Top 100-Liste ist eine Rangliste der größten Waffenproduzenten und

UNTERNEHMEN IN DEN SIPRI TOP 100 IM JAHR 2010, NACH LAND



Die angegebenen Länder oder Regionen beziehen sich auf den Standort des Hauptquartiers, nicht notwendigerweise auf den Produktionsort. China wird wegen Datenmangels nicht berücksichtigt.

Militärdienstleister weltweit (chinesische Unternehmen ausgenommen), gemessen am Volumen ihrer Rüstungsverkäufe. Auch 2010 wurden wieder mehr Waffen und Militärdienstleistungen von den SIPRI Top 100 verkauft. Das Gesamtvolumen betrug 411,1 Mrd. US-Dollar, obgleich der reale Zuwachs um ein Prozent geringer war als im Jahr 2009. Zwischen 2002 und 2010 nahmen die Rüstungsverkäufe der Top 100 um 60 Prozent zu.

Firmen aus den USA führten die SIPRI Top 100 auch weiterhin an. Sie waren für mehr als 60 Prozent der Rüstungsverkäufe in den SIPRI Top 100 verantwortlich. Die Zahl westeuropäischer Unternehmen in den Top 100 sank auf 30, während die brasilianische Firma Embraer wieder unter die Top 100 kam. Russlands fortgesetzte Konsolidierung seiner Rüstungsindustrie fügte seinen wichtigsten Rüstungsproduzenten ein weiteres Mutterunternehmen hinzu – die United Shipbuilding Corporation. ●

DIE 10 GRÖSSTEN WAFFEN-PRODUZENTEN WELTWEIT, 2010

Unternehmen	Rüstungsverkäufe (Mio. \$)	Gewinn (Mio. \$)
1 Lockheed Martin	35.730	2.926
2 BAE Systems (GB)	32.880	-1.671
3 Boeing	31.360	3.307
4 Northrop Grumman	28.150	2.053
5 General Dynamics	23.940	2.624
6 Raytheon	22.980	1.879
7 EADS (Europa)	16.360	732
8 Finmeccanica (Italien)	14.410	738
9 L-3 Communications	13.070	955
10 United Technologies	11.410	4.711

Wenn nicht anderweitig angeführt, liegen die Unternehmen in den USA. Die aufgeführten Gewinne beziehen sich auf die gesamten Unternehmensaktivitäten, nicht-militärische Verkäufe eingeschlossen.



6. INTERNATIONALE RÜSTUNGSTRANSFERS

Internationale Transfers schwerer konventioneller Waffen nahmen zwischen 2002–2006 und 2007–11 um 24 Prozent zu. Die fünf größten Exporteure von 2007 bis 2011 – USA, Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien – waren für drei Viertel des Exportvolumens verantwortlich. Neben den fünf größten Rüstungsherstellern nahm der Lieferumfang Chinas und Spaniens im Zeitraum von 2007 bis 2011 signifikant zu. Während die chinesischen Exporte mit einiger Wahrscheinlichkeit weiterhin ansteigen werden, weist Spaniens Auftragsbuch für Schiffe (die den Großteil seiner Exporte ausmachen) darauf hin, dass dieser Exportumfang nicht aufrecht zu erhalten sein wird.

Staaten in Asien und Ozeanien erhielten zwischen 2007 und 2011 beinahe die Hälfte aller Importe schwerer konventioneller Waffen. Darüber hinaus waren die fünf größten Importeure schwerer konventioneller Waffen – Indien, Südkorea, Pakistan, China und Singapur – allesamt aus dieser Region. Große Exporteure nutzen den starken Wettbewerb am

Waffenmarkt, um sich attraktive Geschäfte hinsichtlich Finanzierung, Absatzregelungen und Technologietransfers zu sichern. Indien, das 10 Prozent aller Importe im Zeitraum von 2007 bis 2011 erhielt, wird mit einiger Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahren der größte Empfänger schwerer konventioneller Waffen bleiben.

Auswirkungen des Arabischen Frühlings auf Regelungen für Rüstungsexporte

Im Zuge des Arabischen Frühlings wurde Kritik an möglichen Waffenlieferungen der größten Rüstungsproduzenten in den Nahen Osten und nach Nordafrika laut. Russische Behörden sahen keinen Grund, Lieferungen an Staaten in der Region einzustellen, solange sie nicht mit einem UN-Waffenembargo belegt waren. Im Gegensatz dazu annullierten oder suspendierten die USA und einige bedeutende europäische Exporteure einige Ausfuhrlizenzen für die Region und überprüften in bestimmten Fällen sogar ihre Rüstungsexportpolitik.

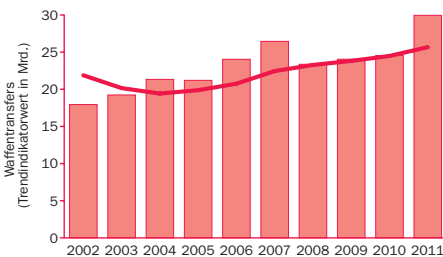
Strategische und ökonomische Überlegungen der Staaten spielten allerdings weiterhin eine zentrale Rolle für Rüstungsexporte in die Region, und die Auswirkungen des Arabischen Frühlings auf die Waffenexportregelungen scheinen begrenzt.

Waffentransfers nach Südostasien

Waffentransfers nach Südostasien nahmen zwischen 2002 und 2007 und zwischen 2007 und 2011 um das Dreifache zu. Marineausrüstung und Marineflugzeuge machten einen großen Teil der Lieferungen und noch ausstehenden Aufträge von Brunei Darussalam, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Vietnam aus.

Piraterie, illegale Fischerei und Terrorismus waren ausschlaggebend für die Art und den Umfang der Waffen, den diese sechs Staaten anforderten. Vermutlich am wichtigsten waren allerdings Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer, wie sich aus Verteidigungs-

ENTWICKLUNG DES HANDELS MIT SCHWEREN KONVENTIONELLEN WAFFEN, 2002–11



Balkendiagramm: jährliche Gesamtsumme;
Liniendiagramm: Veränderungen im Fünfjahresdurchschnitt (angezeigt im letzten Jahr jeder Fünfjahresperiode).



**GRÖSSTE EXPORTEURE UND
IMPORTEURE SCHWERER
KONVENTIONELLER WAFFEN, 2007–11**

Exporteur	Weltweiter Anteil (%)	Importeure	Weltweiter Anteil (%)
1. USA	30	1. Indien	10
2. Russland	24	2. Südkorea	6
3. Deutschland	9	3. Pakistan	5
4. Frankreich	8	4. China	5
5. Großbritannien	4	5. Singapur	4
6. China	4	6. Australien	4
7. Spanien	3	7. Algerien	4
8. Niederlande	3	8. USA	3
9. Italien	3	9. VAE	3
10. Israel	2	10. Griechenland	3

weißbüchern, aus der Art der 2007 bis 2011 gekauften Waffen und aus aktuellen kleineren Zusammenstößen in umstrittenen Gewässern ableiten lässt.

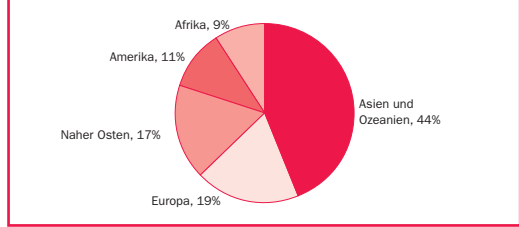
Außerdem versuchen Staaten in Südostasien, Technologietransfers sicherzustellen und ihre Bezugsquellen zu erweitern. Exporteure sind zunehmend bereit, die Nachfrage von Staaten in der Region nach umfassenden Technologietransfers im Rahmen von Rüstungsverkäufen oder Partnerschaften zur Entwicklung neuer Waffensysteme zu erfüllen.

Waffentransfers nach Armenien und Aserbaidschan

Jüngste Erwerbs-, Auftrags- und Beschaffungspläne Armeniens und Aserbaidschans werden möglicherweise das Risiko eines neuerlichen Konflikts um die umstrittene Region Bergkarabach erhöhen. Armenien und Aserbaidschan beschuldigen sich gegenseitig des Wettrüstens.

Aserbaidschan hat vor dem Hintergrund kriegstreiberischer Rhetorik zur gewaltsamen Konfliktlösung in Bergkarabach das Ausmaß seiner Waffenimporte deutlich erhöht. Über Armeniens Waffenimporte der vergangenen Jahre sind öffentliche Informationen nur eingeschränkt verfügbar. Zwischen 2010 und 2011

**EMPFÄNGERREGIONEN VON IMPORTEN
SCHWERER WAFFEN, 2007–11**



wurden im Kontext der aserbaidischen Beschaffungsinitiative allerdings Pläne zum Erwerb fortschrittlicherer Waffensysteme bekannt.

Ogleich ein freiwilliges Waffenembargo durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Kraft ist, vertreten teilnehmende OSZE-Staaten unterschiedliche Interpretationen über seinen derzeitigen Status: Waffen werden weiterhin an beide Seiten geliefert. Russland ist ein wichtiger Ausrüster für beide Seiten. Armeniens Auswahl an möglichen Waffenlieferanten ist beschränkt. Es ist daher stark auf Russland angewiesen. Im Gegensatz dazu hat Aserbaidschan jüngst wichtige Lizenzproduktionsvereinbarungen und -verträge mit Israel, Südafrika und der Türkei abgeschlossen. Zudem versucht es, ausländische Technologien zu nutzen, um eine eigene Rüstungsindustrie zu entwickeln. ●

TRANSPARENZ BEI WAFFENTRANSFERS

Die Zahl jener Staaten, die ihre Waffenimporte und -exporte an das Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen (United Nations Register of Conventional Arms, UNROCA) melden, stieg 2011 auf 85 – nach einem historischen Tiefstand von 72 Staaten im Jahr 2010. Ein bemerkenswerter Zuwachs war auf dem amerikanischen Kontinent zu verzeichnen, aus Afrika sandte allerdings nur ein Staat einen Bericht ein – die niedrigste Zahl seit Gründung von UNROCA. Eine steigende Zahl an Regierungen veröffentlichte nationale Berichte zu Waffenexporten, darunter Polen, das im Jahr 2011 seine ersten Berichte herausgab.



7. ATOMSTREITKRÄFTE WELTWEIT

Zu Beginn des Jahres 2012 besaßen acht Staaten rund 4.400 einsatzbereite Atomwaffen. Nahezu 2.000 davon werden in höchster Einsatzbereitschaft gehalten. Werden alle atomaren Sprengköpfe berücksichtigt, so besitzen die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan und Israel zusammen rund 19.000 Atomwaffen. Die Zahl beinhaltet einsatzbereite Sprengköpfe, Reserven in aktiver und inaktiver Lagerung sowie intakte Sprengköpfe, die zur Demontage bestimmt sind.

Verlässliche Informationen über die existierenden Nuklearwaffenarsenale variieren stark. Frankreich, Großbritannien und die USA gaben jüngst Informationen über ihre Atomwaffenarsenale bekannt. Im Gegensatz dazu nahm die Transparenz in Russland ab. Dies ist eine Folge von Russlands Entscheidung, detaillierte Daten über seine strategischen Atomwaffen im Rahmen des 2010 zwischen Russland und den USA geschlossenen Vertrags über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Angriffswaffen (Neuer START-Vertrag) nicht öffentlich zu machen, sondern seine Daten nur an die USA weiter zu geben. China bleibt infolge seiner lange gepflogenen Strategie der minimalen Abschreckung höchst intransparent. Nur wenige Informationen über seine Atomstreitkräfte und Waffenproduktionskomplexe sind öffentlich verfügbar.

Besonders schwer zugänglich sind Informationen über die Atomwaffenarsenale jener drei Staaten, die niemals Vertragsparteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen waren (Indien, Israel und Pakistan). Offizielle Veröffentlichungen gibt es nicht und öffentlich verfügbare Informationen sind oft widersprüchlich oder inkorrekt.

Rechtlich anerkannte Atomwaffenstaaten

Alle fünf im Atomwaffensperrvertrag von 1968 rechtlich anerkannten Atomwaffenstaaten – China, Frankreich, Russland, Großbritannien

ATOMSTREITKRÄFTE WELTWEIT, 2012

Land	Stationierte Sprengköpfe	Andere Sprengköpfe	Gesamt
USA	2.150	5.850	~8.000
Russland	1.800	8.200	10.000
Großbritannien	160	65	225
Frankreich	290	10	~300
China	..	200	~240
Indien	..	80–100	80–100
Pakistan	..	90–110	90–110
Israel	..	~80	~80
Nordkorea	?
Gesamt	~4.400	~14.600	~19.000

Alle Angaben sind Schätzungen vom Januar 2012.

und die USA – scheinen entschlossen, bis in unbestimmte Zukunft Nuklearmächte zu bleiben. Russland und die USA führen derzeit große Modernisierungsprogramme für ihre strategischen Trägersysteme, Sprengköpfe und Produktionsstätten durch. Gleichzeitig reduzieren sie aber weiterhin ihre Bestände, einerseits durch die Implementierung des Neuen START-Vertrags, der 2011 in Kraft trat, andererseits durch unilaterale Abrüstungen. Da Russland und die USA die beiden größten Atomwaffenarsenale besitzen, sank auch weiterhin die Gesamtzahl der Atomwaffen weltweit.

Die Atomwaffenarsenale Chinas, Frankreichs und Großbritanniens sind bedeutend kleiner. Allerdings entwickeln alle drei derzeit neue Waffensysteme oder planen, dies zu tun. China scheint der einzige dieser anerkannten Atomwaffenstaaten zu sein, der das Volumen seiner Atomstreitkräfte erweitert, wenn auch langsam.

Atomstreitkräfte Indiens und Pakistans

Indien und Pakistan vergrößern und modernisieren ihre Atomwaffenarsenale. Beide Länder entwickeln und stationieren derzeit neue Arten nuklearfähiger Raketensysteme und vergrößern ihre militärischen Kapazitäten für die Produktion von waffenfähigem, spaltbarem Material.



WELTWEITE BESTÄNDE SPALTBAREN MATERIALS

Alle Arten atomarer Sprengkörper, von atomaren Sprengköpfen der ersten Generation bis hin zu weit entwickelten thermonuklearen Waffen, benötigen Materialien, die eine explosive atomare Kettenreaktion auslösen können. Die gängigsten dieser spaltbaren Materialien sind hochangereichertes Uran (HEU) und Plutonium.

China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA haben für ihre Atomwaffen sowohl HEU, als auch Plutonium produziert; Indien, Israel und Nordkorea produzierten in erster Linie Plutonium; und Pakistan vor allem HEU. Alle Staaten mit einer zivilen Atomindustrie sind in der Lage, spaltbare Materialien zu produzieren.

	Weltweite Bestände, 2011
Hochangereichertes Uran	-1270 Tonnen*
Gespaltenes Plutonium	
Militärbestände	-237 Tonnen
Zivile Bestände	-250 Tonnen

* Schließt 171 Tonnen aus, die zur Abreicherung vorgesehen sind.

Die indische Atomwaffendoktrin beruht auf dem Prinzip einer minimalen Abschreckung und der Nicht-Erstnutzung von Atomwaffen. Es gibt keine offiziellen Stellungnahmen zur Größe und Zusammenstellung des Arsenal, aber nach Angaben des Verteidigungsministeriums ist für die indische Doktrin eine „Mischung aus Kapazitäten auf dem Festland, zu Wasser und in der Luft“ (eine „Triade“) erforderlich.

Im Mai 2011 ließ der indische Premierminister Manmohan Singh den Fortschritt bei der Schaffung einer einsatzbereiten Triade durch die Atomwaffensteuerungsbehörde (Nuclear Command Authority) evaluieren. Die Behörde ist für die Kontrolle des Atomwaffenarsenals des Landes zuständig.

Die Atomwaffendoktrin Pakistans basiert ebenfalls auf dem Prinzip der minimalen Abschreckung, schließt die Erstnutzung

nuklearer Waffen aber nicht gesondert aus. Auf diese Weise soll die Überlegenheit Indiens im Bereich konventioneller Waffen und Personalstärke ausgeglichen werden.

Die Entwicklung neuer ballistischer Kurzstreckenraketen deutet darauf hin, dass Pakistans Militärplanung die Möglichkeiten zur Nutzung von „nicht-strategischen Atomwaffen“ einschließen möchte. Dies könnte beinhalten, dass atomare Sprengköpfe in abschlussbereite Positionen gebracht werden.

Israelische Atomstreitkräfte

Israels Atomwaffenpolitik bleibt auch weiterhin intransparent: ein eventueller Besitz von Atomwaffen wird offiziell weder bestätigt noch bestritten. Es wird allerdings weithin angenommen, dass es Plutonium für ein Atomwaffenarsenal produziert hat. Israel könnte nicht-strategische Atomwaffen produziert haben, darunter Artilleriegeschosse und taktische Atomwaffen für den defensiven Einsatz (Atomic Demolition Munitions, ADM). Auch das wurde allerdings nie bestätigt.

Nordkoreas Atomwaffenpotenzial

Nordkorea könnte einsatzfähige Atomwaffen besitzen, allerdings sind keine öffentlichen Informationen verfügbar, die dies bestätigen würden. Ende 2011 hatte Nordkorea Schätzungen zufolge grob 30 Kilogramm Plutonium produziert. Diese Menge wäre ausreichend, um – je nach Bauweise und den technischen Fähigkeiten Nordkoreas – bis zu acht Atomwaffen zu bauen.

Die Information, dass Nordkorea „seit mehreren Jahren oder sogar Jahrzehnten“ ein Urananreicherungsprogramm verfolgt, wurde durch die Veröffentlichung eines internen Berichts des Expertenausschusses des UN-Sicherheitsrates zu Nordkorea aus dem Jahr 2011 bekannt. Es ist nicht bekannt, ob Nordkorea hochangereichertes Uran für die Nutzung in Atomwaffen produziert hat. ●



8. ATOMARE RÜSTUNGSKONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG

Atomare Rüstungskontrolle zwischen Russland und den USA

Im Jahr 2011 wurden vertragliche Ansätze in der Atomwaffenkontrolle und -abrüstung gestärkt. In diesem Jahr trat der Vertrag zwischen Russland und den USA über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Angriffswaffen aus dem Jahr 2010 (Neuer START-Vertrag) in Kraft. Dieser schreibt vor, dass die strategischen atomaren Offensivwaffen der beiden Vertragsparteien zusätzlich reduziert werden sollen.

Die beiden Parteien hielten sich an das gemeinsame Überwachungs- und Verifikationsregime des Vertrags und setzten planmäßig Inspektionen, Datenaustausch, Bekanntgaben und andere Maßnahmen um. Dieses Regime ist eine der wichtigsten Errungenschaften des Neuen START-Vertrags. Über den hierdurch fortgesetzten Rüstungskontrollprozess können Russland und die USA ihre strategischen Beziehungen neu definieren.

Zukünftige weitere Schritte zwischen Russland und den USA sind jedoch unklar. Beide

Seiten bestätigen, dass eine Ausweitung der bilateralen Agenda nötig sei, um ihre Atomwaffenarsenale weitergehend zu verkleinern. Nur so könnten taktische Atomwaffen und nicht stationierte Sprengköpfe, sowie weitreichendere strategische Stabilitätsfragen thematisiert werden. Im Mittelpunkt einer intensiveren Auseinandersetzung standen im Jahr 2011 die Raketenabwehrsysteme. Da ihre jeweiligen strategischen Atomwaffenarsenale verkleinert würden, forderten beide Staaten, die drei anderen anerkannten Atomwaffenstaaten in einen multilateralen Waffenreduktionsprozess einzubinden.

Bedenken hinsichtlich atomarer Proliferation in Iran und Syrien

Auch im Jahr 2011 bemühte sich die internationale Gemeinschaft, der Verbreitung von Atomwaffen vorzubeugen. Zwei Staaten – Iran und Syrien – wurden im Laufe des Jahres verstärkt kritisiert, weil sie unter Missachtung ihrer Verpflichtung im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags mutmaßlich militärische atomare Aktivitäten verschleierten.

Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) kam nach dreijähriger Untersuchung zu dem Schluss, dass es sich bei einem Gebäude in Syrien, das 2007 durch einen israelischen Luftangriff zerstört worden war „höchstwahrscheinlich“ um einen Kernreaktor gehandelt habe, der bei der Agentur hätte gemeldet werden müssen. Die IAEO berichtete außerdem, dass sie über glaubhafte Informationen verfüge, dass der Iran in der Vergangenheit Aktivitäten nachgegangen sei, die mit Atomwaffen im Zusammenhang stünden. Einige dieser Aktivitäten könnten noch fort dauern. Die Schwierigkeiten, auf die die Inspektoren in beiden Ländern gestoßen waren, führten zu erneuten Forderungen nach einer Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten der IAEO zur Kontrolle von Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrags. Im Speziellen ging es um jene Vertragsparteien, die unter Verdacht stehen, gegen ihre vertraglich geregelten Sicher-

GESAMTSUMME STRATEGISCHER ANGRIFFSWAFFEN UNTER DEM NEUEN START-VERTRAG, 1. SEPTEMBER 2011

	Russland	USA
Stationierte ICBMs, SLBMs und schwere Kampfflugzeuge	516	822
Sprengköpfe auf stationierten ICBMs und SLBMs, und für schwere Kampfflugzeuge bestimmte Sprengköpfe	1.566	1.790
Stationierte und nicht-stationierte Raketenwerfer von ICBMs, SLBMs und schweren Kampfflugzeugen	871	1.043

ICBM = Interkontinentalrakete; SLBM = U-Boot-gestützte ballistische Rakete.



ungsübereinkommen verstoßen zu haben, auch über jene hinaus, die im Musterzusatzprotokoll festgelegt sind.

Im Zuge der ungelösten iranischen und syrischen Atomwaffenkontroversen wurde die Wirksamkeit internationalen Rechts und insbesondere die Rolle des UN-Sicherheitsrats abermals hinterfragt. Besonders kritisiert wurde der Umgang mit mutmaßlichen oder bekannten Fällen von Staaten, die gegen wichtige Verpflichtungen und Normen aus Waffenkontrollverträgen verstoßen. Der Iran setzte sich auch 2011 weiterhin über fünf Resolutionen des Sicherheitsrates hinweg, die seit 2006 verabschiedet worden waren. Diese forderten, dass der Iran jegliche Urananreicherung und andere sensible kern-technische Aktivitäten einstelle. Der Sicherheitsrat war gespalten und versäumte es, in der syrischen Atomfrage zu handeln, nachdem der Gouverneursrat der IAEA bekanntgegeben hatte, dass das Land sich nicht an seine Sicherungsübereinkommen halte. Aus der Sicht einiger Beobachter bereitete diese Untätigkeit den Boden für künftige Kontroversen über die Eignung außerrechtlicher Maßnahmen (inklusive des vorbeugenden Einsatzes militärischer Gewalt) zum Umgang mit Proliferationsproblemen.

Nordkoreas Atomprogramm

Auch im Jahr 2011 wurde keine Lösung der diplomatischen Pattsituation zum Schicksal des nordkoreanischen Atomprogramms gefunden. Vorverhandlungen zur Wiederbelebung der Sechs-Parteien-Gespräche zur atomaren Entwaffnung Nordkoreas brachten nur wenige Fortschritte, trotz erneuter Kontakte zwischen nordkoreanischen und US-amerikanischen Diplomaten.

Das nordkoreanische Programm stellt rechtliche und normative Herausforderungen an das weltweite Nichtverbreitungsregime. Dies untermauern auch Berichte, denen zufolge das Land in größerem Ausmaß als bisher vermutet an gehei-

men Transfers von nuklearen und ballistischen Technologien an Drittstaaten beteiligt war.

Entwicklungen in der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer

Im Juni 2011 einigte sich die Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer (Nuclear Suppliers Groups, NSG) in einem umstrittenen Konsens darauf, ihre Transferrichtlinien für Ausrüstung und Technologien zur Urananreicherung und Plutoniumwiederaufbereitung (ENR) zu verschärfen. Die NSG-Staaten konnten sich nicht auf eine einheitliche Sprache für die Umsetzung bestimmter subjektiver Kriterien einigen. Stattdessen vereinbarten sie, den Transfer atomarer Technologie davon abhängig zu machen, ob der importierende Staat ein zusätzliches Protokoll über Sicherheitsmaßnahmen der IAEA unterzeichnet und sich in voller Übereinkunft mit den Erfordernissen der IAEA befindet.

Grundlegend für die Frage atomarer Nichtverbreitung ist das Verhältnis zwischen NSG-Lieferländern und jenen Staaten mit Atomwaffen, die sich außerhalb der Grundstruktur des Atomwaffensperrvertrags und der NSG befinden. In der NSG-Vollversammlung 2011 wurde diskutiert, ob sich die überarbeiteten Richtlinien auf Indiens mögliche Mitgliedschaft bei der NSG und seine Berechtigung ENR-Transfers zu erhalten auswirken.

Zusammenarbeit in den Bereichen Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und atomare Sicherheit

Die Gruppe der Acht (G8) einigte sich darauf, die 2002 geschlossene Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien fortzuführen. Zudem verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1977, welche das Mandat des durch die Resolution 1540 gegründeten Komitees, das die Erfüllung der Anforderungen der Resolution durch die Staaten beobachten und unterstützen soll, um zehn Jahre verlängert. ●



9. VERRINGERUNG DER SICHERHEITSBEDROHUNGEN DURCH CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE MATERIALIEN

Kontrolle biologischer Waffen und Abrüstung

In der siebten Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Bio- und Toxinwaffen-Übereinkommen (BTWC) von 1972 einigten sich die Parteien darauf, ein drittes intersessionales Tagungstreffen abzuhalten. Dabei sollten zu den Themen Zusammenarbeit und Unterstützung, Beobachtung relevanter Entwicklungen in Wissenschaft und Technologie und Umsetzung der Konvention u.a. durch die Staaten „ein gemeinsames Verständnis und effektive Maßnahmen besprochen und gefördert werden“.

Viele Staaten und Beobachter erwarteten, dass die BTWC in irgendeiner Art und Weise „verstärkt“ werde (z.B. durch zusätzliche Maßnahmen zur institutionellen Stärkung und verschiedene operative oder praktische Maßnahmen). Allerdings verhinderten die politischen Bedingungen bei der Konferenz, sich auf einen intersessionalen Prozess zu einigen, der stärker maßnahmen- und entscheidungsorientiert ist. Das Regime entwickelt sich also eher schrittweise und ist prozessorientiert.

Kontrolle chemischer Waffen und Abrüstung

Im Zuge der 16. Konferenz der Vertragsstaaten der Chemiewaffenkonvention (CWC) von 1993 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und den USA. Diese spiegelten teilweise weitreichendere internationale Spannungen hinsichtlich der Art und Absicht der iranischen Atomaktivitäten wider. Russland und die USA bestätigten, dass sie ihre chemischen Rüstungsbestände bis zur letzten CWC-Frist am 29. April 2012 nicht zerstören könnten; nichtdestotrotz würden sie Maßnahmen ergreifen, um die vollständige Zerstörung schnell abzuschließen. Im Falle des Irak stellte die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons, OPCW) fest,

dass es bei der Zerstörung von Produktions-einrichtungen für chemische Waffen Fortschritte gegeben habe.

Eine Beratergruppe des Generaldirektors der OPCW übermittelte ihren Abschlussbericht, nachdem sie die Umsetzung des CWC daraufhin überprüft hatte, wie die Aktivitäten der Konvention nach Abschluss der Vernichtung chemischer Rüstungsbestände 2012 strukturiert sein sollten. Gemeinsam mit den Vertragsstaaten und dem OPCW-Exekutivrat nutzte der Generaldirektor den Abschlussbericht, um im Vorfeld der dritten Konferenz zur Überprüfung des Übereinkommens, gemeinsam verabschiedete politische Richtlinien für künftige OPCW-Prioritäten und -Programme auszuarbeiten. Die Konferenz wird 2013 stattfinden. Der Bericht zeigte Möglichkeiten und Maßnahmen auf, die politisch und technisch überprüft wurden. Der Generaldirektor kann diese nutzen, um auf den Fokus der künftigen Aktivitäten des Technischen Sekretariats der OPCW einzuwirken. Der Bericht spiegelt außerdem die fortwährende Entwicklung anderer Prioritäten für das CWC-Regime wider, die prominenter werden, sobald die chemischen Rüstungsbestände vernichtet sind.

VERNICHTUNG CHEMISCHER WAFFEN

Stand: 30. November 2011,

- Irak, Libyen, Russland und die USA hatten die Vernichtung ihrer Bestände an chemischen Waffen noch nicht abgeschlossen
- 50.619 Tonnen Kampfstoffe (71 Prozent) der deklarierten chemischen Waffen wurden nachweislich zerstört
- 3.95 Millionen (46 Prozent) deklarierte Elemente und Behälter chemischer Waffen wurden zerstört
- 13 Staaten hatten 70 ehemalige Produktionsstätten für chemische Waffen deklariert
- 43 dieser Einrichtungen wurden zerstört, 21 für die Nutzung für friedliche Zwecke umgewandelt



ALTE UND AUFGEGBENE CHEMISCHE WAFFEN

Stand: Dezember 2011,

- 4 Länder hatten bekanntgegeben, dass sich auf-gegebene chemische Waffen (Abandoned Chemical Weapons, ACWs) auf ihrem Staatsgebiet befanden
- 15 Länder hatten den Besitz alter chemischer Waffen (Old Chemical Weapons, OCWs) seit Inkrafttreten des CWC deklariert
- OCW-Vernichtungsmaßnahmen wurden im Jahr 2011 in Belgien, Italien, Japan, Deutschland, der Schweiz und in Großbritannien durchgeführt
- ACW-Vernichtungsmaßnahmen in China wurden fortgeführt

Vermutungen über chemische und biologische Rüstungsprogramme

Im Zuge des libyschen Bürgerkriegs wurde die Besorgnis laut, dass das Regime von Muammar Gaddafi einen übriggebliebenen Bestand an Senfgas gegen regierungskritische Demonstranten und bewaffnete Rebellengruppen einsetzen könnte. Ähnliche Besorgnis wurde hinsichtlich der Art und des Verbleibs möglicher chemischer und biologischer Waffen in Syrien im Zuge der Unruhen und Spannungen geäußert.

Die OPCW entsandte im November 2011 ein Sonderinspektionssteam nach Libyen, um Berichten über nicht deklarierte chemische Waffen nachzugehen. Dieses bestätigte, dass das Regime Gaddafis einen geheimen Vorrat an chemischen Waffen nicht deklariert hatte. Die Tatsache, dass die OPCW Libyens falsche Angaben nicht vor dem Sturz Gaddafis im Jahr 2011 aufgedeckt hatte, führte zu allgemeiner Kritik an der Fähigkeit der Organisation, Vertragsverletzungen aufzudecken. Eine Überarbeitung des CWC-Verifikationsregimes wurde gefordert, obwohl nur wenig darüber diskutiert wurde, wie dieses Problem mit den Regulierungen der Konvention zu Überprüfungsanfragen zu verknüpfen sei.

Weitere Auswirkungen von wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen

Wissenschaft und Technologie sowie verwandte Forschungsfelder können Maßnahmen zur Vorbeugung, Reaktion und Abhilfe bei chemischer und biologischer Kriegsführung stark beeinflussen. Besonders die Forschung zur Vogelgrippe warf eine Reihe von gesellschafts-politischen Fragen auf, etwa ob wissenschaftliche Forschung vorzugsweise anhand ihres Nutzens für friedliche Verwendungszwecke beschrieben werden sollte statt in Hinblick auf mögliche Sicherheitsbedrohungen. Die Debatte wirkt sich auch auf Forschungsförderung, Publikationsrichtlinien, vereinbarte Prinzipien zur Forschungsüberprüfung und Unterschiede bei Ansätzen zur Vereinbarung und Umsetzung geeigneter Schutz- und Sicherheitsstandards aus.

Trotz der subjektiven (qualitativen) Natur solcher Einschätzungen sind sich Wissenschaftler und technische Experten in staatlichen Einrichtungen solcher Bedrohungen im Prinzip bewusst—vorausgesetzt, ihre nationale Struktur ist darauf ausgerichtet, solche Bedrohungen zu berücksichtigen. Nicht-staatliche Akteure – „Terroristen“ und die sprichwörtlichen Hobbyforscher – sind institutionell nicht ausreichend verankert. Zudem fehlen ihnen die Fähigkeiten, einen ähnlich hohen Entwicklungsgrad oder vergleichbare Produktionsmengen zu erreichen. Unklar ist, ob Drohungen, die oft durch jene ausgesprochen werden, die keine wissenschaftliche Forschung und Entwicklung betreiben, Al-Qaida-Verbündete (oder vergleichbare Gruppen) zu Überlegungen oder Versuchen veranlassen könnten, sich chemische und biologische Waffen zu beschaffen. ●



10. KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE

Mit Ausnahme einiger vielversprechender Fortschritte in Südamerika und Südosteuropa waren die meisten Entwicklungen im Jahr 2011 im Bereich konventioneller Rüstungskontrolle entmutigend. Die Staaten waren nicht bereit, ihre nationalen Positionen zu verändern, um Einigungen auf globaler oder regionaler Ebene zu ermöglichen.

Drei Faktoren trugen zu Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Rüstungskontrolle bei. Erstens investierten die USA massiv in ihre militärische Macht, was es unmöglich machte, Gleichgewichtslösungen zu finden. Zweitens erschwerten technologische Entwicklungen die Abschätzung, welche Fähigkeiten gegenwärtig oder künftig militärische Macht gewährleisten.

Drittens mangelt es an vereinbarten Regeln über den Einsatz militärischer Gewalt, die angeblich konstruktiven Zwecken dienen kann und nicht nur eine defensive Reaktion auf Aggression ist. Daher zögern Staaten, militärische Fähigkeiten aufzugeben, auch wenn humanitäre Argumente dafür sprächen.

Streumunition

Das Übereinkommen über Streumunition (Convention on Cluster Munitions, CCM) aus dem Jahr 2008 beruht auf dem Grundsatz, dass bestimmte Waffen, selbst wenn sie gewisse militärische Vorteile bieten, beschränkt oder verboten werden sollten, wenn die negativen humanitären Folgen ihres Einsatzes jeglichen militärischen Vorteil überwiegen.

Während die Vertragsparteien des CCM dieses in 2011 weiter umsetzten, versäumten es die Vertragsparteien des Abkommens über bestimmte konventionelle Waffen von 1981, sich auf ein Protokoll zu einigen, das Regeln für den Einsatz von Streumunition definiert und jene mit besonders gravierenden Auswirkungen verbietet. Die internationale Gemeinschaft ist nun in zwei Gruppen gespalten: Eine Gruppe jener Staaten,

die sich für ein vollständiges Verbot von Streumunition auf der Grundlage einer eigens untereinander ausgehandelten Konvention – des CCM – einsetzen; und eine Gruppe von Staaten, die abgesehen vom Kriegsrecht gar nicht an gemeinsame Regelungen gebunden sind.

Entwicklungen in der Rüstungsexportkontrolle

Auch 2011 gab es Bemühungen, die technische Effizienz der Exportkontrolle in globalen und regionalen Organisationen sowie innerhalb der informellen Regime des Raketentechnologie-Kontrollregimes und des Wassenaar-Abkommens zu verbessern. Ein gemeinsamer Ansatz zur Risikoabschätzung, der über die allgemeinen Richtlinien der 1990er Jahre hinausgeht, liegt jedoch in weiter Ferne.

Innerhalb der UN wurde im Vorfeld der Verhandlungskonferenz im Juli 2012 die Debatte über einen rechtsgültigen Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) fortgeführt. Hoffnungen wurden laut, dass China und Russland sich stärker in den Prozess einbringen würden. Jedoch vertreten die Staaten deutlich unterschiedliche Positionen hinsichtlich Inhalt und Zweck eines künftigen Vertrags.

Multilaterale Rüstungsembargos

Das Waffenembargo gegen Libyen war das einzige neue Embargo, das im Jahr 2011 vom UN-Sicherheitsrat erlassen wurde. Anschließend waren sich die Staaten jedoch uneinig, ob es die Versorgung aufständischer Truppen mit Waffen erlaubte oder nicht. Auf ein Waffenembargo gegen Syrien konnte sich der Sicherheitsrat trotz langwieriger Verhandlungen nicht einigen.

Die Arabische Liga verhängte 2011 das erste Waffenembargo ihrer Geschichte gegen Syrien. Das 2009 verhängte Waffenembargo von ECOWAS gegen Guinea wurde 2011 aufgehoben. Zusätzlich zur Umsetzung des UN-Waffenembargos gegen Libyen verhängte die Europäische Union 2011 drei neue



BESTEHENDE MULTILATERALE WAFFENEMBARGOS, 2011

Vereinte Nationen (UN) (13 Embargos)

- Al-Qaida und zugehörige Individuen und Gruppen
- Côte d'Ivoire • Demokratische Republik Kongo (NGF) • Eritrea • Irak (NGF) • Iran • Libanon (NGF)
- Liberia (NGF) • Libyen (NGF) • Nordkorea
- Somalia • Sudan (Darfur) • Taliban

Europäische Union (19 Embargos)

- Umsetzung von UN-Embargos (9): • Al-Qaida, Taliban und zugehörige Individuen und Gruppen
- Côte d'Ivoire • Demokratische Republik Kongo (NGF) • Eritrea • Irak (NGF) • Libanon (NGF)
- Liberia (NGF) • Libyen (NGF) • Somalia (NGF)
- Anpassungen von UN-Embargos (3): • Iran • Nordkorea • Sudan
- Embargos ohne entsprechendes UN-Embargo (7):
- China • Guinea • Myanmar • Simbabwe
- Südsudan • Syrien • Weißrussland

ECOWAS (1 Embargo)

- Guinea

Arabische Liga (1 Embargo)

- Syrien

NGF = Non-governmental forces
(Nichtregierungsgruppen).

Waffenembargos: gegen Weißrussland, Südsudan und Syrien.

Über einige schwerwiegende Verletzungen dieser Embargos im Jahr 2011 berichteten vor allem UN-Expertengruppen, die für die Überwachung der Waffenembargos zuständig sind.

Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

Obwohl im Jahr 2012 Europa ein zunehmendes Interesse an konventioneller Rüstungskontrolle zeigte, führte dies zu keinen nennenswerten Fortschritten im Jahr 2011. Zum Jahresende hatten sich die NATO-Staaten darauf geeinigt, keine Informationen mehr mit Russland zu teilen, die in Verbindung mit dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-

Vertrag) aus dem Jahr 1990 stehen (Russland hatte seine Teilnahme 2007 suspendiert).

Die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa stagniert, obgleich die Notwendigkeit einer Rüstungskontrolle überwiegend unumstritten ist. Vor allem ungelöste Territorialkonflikte behindern Fortschritte. Zudem gibt es gegenwärtig keinen Konsens über Ziele, Themen und Instrumente der Rüstungskontrolle.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen

In den meisten Regionen wurden vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (Confidence- and Securitybuilding Measures, CSBMs) ausgearbeitet. Sie sind Teil einer breiteren Diskussion über Sicherheitsregime, die das Verhalten von Staaten nachvollziehbar und verlässlich machen.

In Europa stellt das Wiener Dokument das wichtigste Element eines CSBM-Regimes dar. Es wird ergänzt durch den Vertrag über den Offenen Himmel von 1992. Die teilnehmenden Staaten der OSZE verabschiedeten 2011 eine überarbeitete Version des Wiener Dokuments. Allerdings stellt es gegenüber dem Wiener Dokument von 1999 bestenfalls einen minimalen Fortschritt dar. Wenn sich diese Entwicklung nicht umkehrt, wird das Regime weiter an militärischer und politischer Relevanz einbüßen.

In Südamerika einigten sich die Mitglieder von UNASUR auf eine Reihe von CSBMs, die darauf abzielen, ein gemeinsames und kooperatives Sicherheitssystem in der Region weiter auf- und auszubauen. ●



ANHÄNGE

Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, die am 1. Januar 2012 in Kraft waren

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll 1925)
- 1948 Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Völkermord Konvention)
- 1949 Genfer Konvention (IV) zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1959 Antarktis-Vertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Partieller Teststoppvertrag, PTBT)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen/ Atomwaffensperrvertrag (Nichtverbreitungsvertrag, NPT)
- 1971 Vertrag zum Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresboden-Vertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Bio- und Toxinwaffen-Übereinkommen, BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosion zu friedlichen Zwecken (PNET)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (Enmod-Konvention)
- 1980 Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW-Übereinkommen über „unmenschliche Waffen“)
- 1985 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (Treaty on Open Skies)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (C-Waffen-Konvention, CWC)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasiens (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Florenz Abkommen)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Anti-Landminen-Konvention, Ottawa-Konvention)



- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 1999 Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2006 ECOWAS Übereinkommen über Kleinwaffen, leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material
- 2006 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk)
- 2008 Übereinkommen über Streumunition (CCM)
- 2010 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung der strategischen

Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag, Prager Vertrag)

- 2011 Wiener Dokument 2011 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen

Verträge, die am 1. Januar 2012 nicht in Kraft waren

- 1996 Umfassender Teststoppvertrag (CTBT)
- 1999 Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags
- 2010 Zentralafrikanisches Übereinkommen zur Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, deren Munition und aller Teile und Komponenten, die zur Herstellung, Instandsetzung und Montage dieser Waffen verwendet werden können (Kinshasa Übereinkommen)

CHRONOLOGIE 2011, AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

- 14. Jan. Präsident Zine-Al Abidine Ben Ali wird gezwungen, Tunesien zu verlassen
- 5. Feb. Der Neue START-Vertrag tritt in Kraft
- 12. Mär. Die Arabische Liga fordert die UN auf, eine Flugverbotszone über Libyen einzurichten
- 11. Apr. Truppen, die Alassane Ouattara nahestehen, verhaften mit Unterstützung von französischen und UN-Truppen den ivoirischen Präsidenten Laurent Gbagbo
- 27. Mai Die Mitglieder der G8 einigen sich auf eine Verlängerung ihrer Globalen Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien aus dem Jahr 2002
- 20. Juni Die EU verhängt ein Waffenembargo über Weißrussland
- 18. Juli Der Internationale Gerichtshof entscheidet, dass das umstrittene Tempelareal Preah Vihear zu Kambodscha und nicht zu Thailand gehört
- 6. Aug. Al-Shabaab gibt einen „taktischen“ Rückzug aus Mogadischu, Somalia, bekannt
- 22. Sep. Die IAEO befürwortet einen Aktionsplan für atomare Sicherheit
- 20. Okt. Der libysche Nationale Übergangsrat gibt die Festnahme und Tötung von Muammar Gaddafi bekannt
- 14.-25. Nov. Abhaltung der 4. Konferenz zur Überprüfung der CCW-Konvention
- 18. Dez. Die letzten US-Soldaten verlassen den Irak

Organe für Sicherheitszusammenarbeit

Nennenswerte Neuerungen 2011 umfassen die Zulassung des Südsudan als 193. Mitglied der Vereinten Nationen, das Inkrafttreten des Gründungsvertrags der Union Süd-amerikanischer Nationen (UNASUR), die Beendigung der Westeuropäischen Union und den Ausschluss Syriens aus der Arabischen Liga.

Drei Staaten traten dem Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper bei, einer wurde Mitglied des Zangger-Komitees. Den übrigen strategischen Handelskontrollregimes (der Australia Group, dem Raketentechnologie-Kontrollregime, der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer und dem Wassenaar-Abkommen) traten keine neuen Mitglieder bei. ●



SO BESTELLEN SIE DAS SIPRI YEARBOOK 2012

SIPRI Yearbook 2012: Armaments, Disarmament and International Security

Veröffentlicht im Juli 2012 bei Oxford University Press im Auftrag von SIPRI

ISBN 978-0-19-965058-3, gebundene Ausgabe, xx+560 pp., £100/\$185

Das *SIPRI Yearbook 2012* kann im Buchhandel, bei den meisten Online-Buchhändlern oder direkt bei Oxford University Press bestellt werden:

www.oup.com/localecatalogue/cls_academic/?i=9780199650583

Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.sipri.org/yearbook/**

ONLINE-AUSGABE DES SIPRI YEARBOOKS

Der Zugriff auf das SIPRI Online Yearbook ist im Kauf der Print-Ausgabe enthalten. Vorteile der Online-Ausgabe:

- Der vollständige Text des SIPRI Yearbooks
- Anwendungsleichte und Übergreifende Suchfunktion über die SIPRI Yearbook Ausgaben seit 2010
- Zahlreiche Deep Links und relevante Internet-Ressourcen
- Zugriff auf das SIPRI Yearbook wann und wo immer Sie online sind

www.sipriyearbook.org

ÜBERSETZUNGEN

Das *SIPRI Yearbook 2012* wird in folgende Sprachen übersetzt:

- Arabisch vom Centre for Arab Unity Studies (CAUS), Beirut
www.caus.org.lb
- Chinesisch von China Arms Control and Disarmament Association (CACDA), Peking
www.cacda.org.cn
- Russisch vom Institute of World Economy and International Relations (IMEMO), Moskau
www.imemo.ru
- Ukrainisch vom Razumkov Centre (Ukrainian Centre for Economic and Political Studies, UCEPS), Kiew
www.razumkov.org.ua

Diese Übersetzungen werden vom Schweizerischen Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport gefördert. Bitte kontaktieren Sie die übersetzenden Organisationen für weitere Informationen.



BERGHOF FOUNDATION

Die Berghof Foundation ist eine unabhängige und gemeinnützig tätige Nichtregierungs-Organisation. Sie wurde 1971 von Professor Georg Zundel gegründet. Mit ihren langjährigen Erfahrungen in den Bereichen Friedensforschung, Friedenspädagogik und Friedensförderung unterstützt sie Akteure bei der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten.

Creating Space for Conflict Transformation—für diese Mission arbeitet das multinationale Team der Berghof Foundation in enger Kooperation mit zahlreichen Partnern auf der ganzen Welt. Die Berghof Foundation hat ihren Hauptsitz in Berlin und eine Zweigstelle in Tübingen. Darüber hinaus stützt sich ihre Arbeit auf viele engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Projektbüros im Ausland.

Berghof Foundation

Berghof Foundation

Altensteinstraße 48a

14195 Berlin

Germany

Telefon: +49 (30) 844154 0

Fax: +49 (30) 844154 99

E-Mail: info@berghof-foundation.org

Internet: www.berghof-foundation.org

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Sie ist den Werten und Grundideen der Sozialen Demokratie verpflichtet und arbeitet mit NGO's, Think Tanks, politischen Akteuren und der Gewerkschaftsbewegung weltweit zusammen. Im Sinne der Leitbilder Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leistet die Stiftung heute in Deutschland und in über 100 Ländern Beiträge zur Entwicklung der Demokratie, der politischen Kultur, der Festigung von Frieden und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Godesberger Allee 149

D-53175 Bonn, Deutschland

Telefon: +49(0)228 883 0

Fax: +49(0)228 883 9207

E-Mail: presse@fes.de

Internet: www.fes.de



SIPRI YEARBOOK 2012

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Yearbook ist eine Zusammenstellung von Daten und Analysen in den Bereichen:

- Sicherheit und Konflikte
- Militärausgaben und Rüstung
- Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Diese Broschüre fasst die 43. Ausgabe des SIPRI Yearbook zusammen. Es enthält Berichte über die Entwicklungen im Jahr 2011 in den Bereichen:

- *Bewaffnete Konflikte*, mit Analysen zum ersten Jahr des Arabischen Frühlings, zu Konflikten am Horn von Afrika und einem Rückblick auf die organisierte Gewalt des vergangenen Jahrzehnts
- *Friedenseinsätze und Konfliktmanagement*, darunter Darstellungen der neuen Einsätze im Südsudan, Libyen und Syrien
- *Militärausgaben*, unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Einsparungen in Europa und den USA, sowie der Kriegskosten in Afghanistan und im Irak
- *Rüstungsproduktion und Militärdienstleistungen*, mit Berichten zu Militärdienstleistungen und der indischen Rüstungsindustrie
- *Internationale Rüstungstransfers*, darunter Exporte in Staaten, die vom Arabischen Frühling betroffen sind, und Transfers nach Südostasien, sowie nach Armenien und Aserbaidschan
- *Atomstreitkräfte weltweit*, Bestände und Produktion spaltbaren Materials
- *Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung*, inklusive der Umsetzung des Neuen START-Vertrags und der Überarbeitung der Richtlinien der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer (NSG)
- *Verringerte Bedrohungen durch chemische und biologische Waffen*, unter anderem durch Fortschritte in Wissenschaft und Technik
- *Konventionelle Rüstungskontrolle*, darunter multilaterale Waffenembargos und ein Bericht zu Streumunition.

Das SIPRI Yearbook enthält darüber hinaus einen Leitartikel des ehemaligen australischen Außenministers Gareth Evans zur neuen Geopolitik der Intervention, sowie umfangreiche Anhänge über Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen, internationale Sicherheitsorganisationen und eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 2011.